

Solidarität mit den Protesten in Frankreich

Europa hat die Folgen der Finanzkrise noch immer nicht überwunden. Dies zeigt sich besonders deutlich in Frankreich, wo in den letzten Jahren weder ein für das Kapital ausreichendes

Wirtschaftswachstum verzeichnet, noch die hohe Arbeitslosenquote von über 10 % gesenkt werden konnte. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg in den vergangenen Jahren gar auf über 25 % an. Nachdem andere Reformversuche gescheitert sind, ist die sozialdemokratische Regierung unter François Hollande nun darum bemüht, mit einem neuen Arbeitsmarktgesetz („Loi Travail“) die Wirtschaft anzukurbeln.

Wie immer aber wenn Regierungen die Liberalisierung des Arbeitsmarktes vorantreiben, steht auch in Frankreich das Interesse des Kapitals im Vordergrund. So soll zukünftig die geltende 35-Stundenwoche auf bis zu 48 Stunden und bei „außergewöhnlichen Umständen“ auf gar 60 Stunden erhöht, der Kündigungsschutz gelockert oder Überstundenzuschläge gesenkt werden. Zudem sollen Abfindungszahlungen bei ungerechtfertigten Kündigungen keine Unter-, sondern nur noch eine Obergrenze kennen. Damit soll auf dem Rücken der ArbeiterInnenklasse die Wirtschaft durch neoliberale Umwälzungen wieder profitabel gemacht werden.

De la Nuit Debout à la Nuit des Barricades

Gegen die Arbeitsmarktreform formierte sich in den vergangenen Wochen reger Protest. Dabei werden nicht nur Nacht für Nacht Plätze besetzt (eine Bewegung, die unter dem Namen Nuit Debout auftritt) und Demonstrationen organisiert, auch gibt es zahlreiche militante Widerstandsformen, die sich gegen Staat und Kapital richten. So wurden beispielsweise in verschiedenen Städten Unternehmen, die von prekären Arbeitsverhältnissen profitieren, mit Farbe markiert oder Repressionsorgane angegriffen. Somit geht es nicht mehr nur um die Verhinderung neoliberaler Arbeitsmarktreformen: Was auf der Agenda steht, ist die Suche nach einer militanten Praxis, um den Krisenangriffen von oben eine Antwort von unten entgegenzuhalten.

Der Sozialdemokratie entgentreten

Dass eine sozialdemokratische Partei mit grossen Worten antritt, um sich dann in den Dienst des herrschenden Systems zu stellen, kennen wir auch von hier. So war es beispielsweise die letzte Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli, die sich immer wieder vehement für eine Studiengebührenerhöhung und andere Sparmassnahmen einsetzte. Der SP-Bundesrat Alain Berset will seit längerem unsere Renten kürzen und die SP-Bundesrätin Simoneta Sommaruga ist intensiv darum bemüht das Migrationsregime weiter zu verschärfen. Gegen eine damit vergleichbare sozialdemokratische Politik wehrt sich die klassenkämpferische Bewegung in Frankreich. Hierfür kennen sie auch konkrete Aktionsformen: Nachdem die französische Regierung in den vergangenen Tagen das neue Gesetz in einem Eilverfahren durchgewunken hat, wurden in verschiedenen Städten Büros der regierenden SP angegriffen oder mit Parolen verschönert. Es ist dies ein kämpferischer Ausdruck davon, dass ein Teil der Bewegung sich auch der sozialdemokratischen Krisenverwaltung entledigen will. Unterstützen wir sie dabei und entwickeln wir auch hier eine politische Perspektive jenseits des Kapitalismus!

Militanter Protest zahlt sich aus

Es wäre auch nicht das erste Mal, dass in Frankreich eine militante ArbeiterInnenbewegung ein unliebsames Arbeitsgesetz zu Fall bringt. Vor genau 10 Jahren konnte eine klassenkämpferische SchülerInnen- und StudentInnenbewegung das Gesetz zum „Vertrag zur Ersteinstellung“ (CPE) verhindern. Dieses sah vor, den Kündigungsschutz für unter dreissigjährige ArbeiterInnen de facto aufzuheben. Obwohl das Gesetz bereits in Kraft getreten war, musste die Regierung dieses nach wochenlangen militanten Protesten und Besetzungen zurückziehen. Auch wenn gegenwärtig noch von keinem vergleichbaren Widerstand wie im heissen Sommer 2006 gesprochen werden kann, blickt Frankreich einer kämpferischen Phase entgegen. Zeigen wir uns solidarisch!

Für den Kommunismus

www.aufbau.org

Stadtrundgang gegen das TiSA-Abkommen

Anhand von mehreren Beispielen thematisieren wir mit einem Stadtrundgang das geplante TiSA-Freihandelsabkommen. Dabei geht es um die Fragen, welche Privatisierungsangriffe bereits laufen und wie wir als Angestellte sowie auf der Strasse Widerstand entwickeln können.

Freitag 3. Juni, 19 Uhr, Kunsthaus Zürich

fighttisa.wordpress.com

organisiert vom **Revolutionären Bündnis gegen TiSA**

revolutionärer
AUFBAU